

Biodiversität schützen und für mehr Gerechtigkeit sorgen

Tagungsbericht SWIFCOB 25, 7. Februar 2025, UniS, Bern

Das diesjährige Swiss Forum on Conservation Biology (SWIFCOB) lief unter dem Titel «Biodiversität und GeRECHTigkeit». Die Tagung untersuchte die vielschichtigen Beziehungen zwischen Biodiversität, sozialer Gerechtigkeit und Rechtssystemen.

Von Kaspar Meuli

Was haben Biodiversität, Recht und Gerechtigkeit miteinander zu tun? Das Interesse an der SWIFCOB 25 zu dieser Themenkombination war gross – der Veranstaltungsort, einer der grossen Hörsäle der Universität Bern, war am 7. Februar gut gefüllt, zudem verfolgten viele Teilnehmende die Konferenz per Livestream. Geweckt hatte das Interesse wohl nicht zuletzt der Untertitel «Vielfalt fördern, Ungleichheit überwinden». Die Biodiversität schützen und zugleich Gerechtigkeit herstellen? Ein hochgestecktes Ziel, und wie die SWIFCOB 25 zeigte, vorderhand eher Wunsch als Realität.

In drei Themenblöcken und einer Podiumsdiskussion näherte sich das Dutzend Referentinnen und Referenten der komplexen Thematik an. Ihr beruflicher Hintergrund reichte von der Geografieprofessorin über die Politikerin bis zum Spezialisten für Verbandsbeschwerderecht und dem Experten für nachhaltige Anlagen. Die Fachleute äusserten sich zu den Themen «Ungerechtigkeit und Biodiversitätsverlust», «Wie übernehmen wir Verantwortung für die Biodiversität?» und «Recht als Instrument für Gerechtigkeit».

Machtmissbrauch gefährdet Schutzvorhaben

Wie eng Ungerechtigkeit und der Verlust von Biodiversität miteinander verwoben sind, machte zum Einstieg Chinwe Ifejika Speranza von der Universität Bern klar, die unter anderem zu Fragen der Landnutzung forscht. Sie präsentierte Zahlen, wonach sich gegenwärtig weltweit 161 Konflikte um Biodiversitätsschutz drehen. Die betroffene Bevölkerung erlebe den Biodiversitätsschutz oft als Machtausübung, betonte die Geografin, zum Beispiel wenn Menschen aus ihren Dörfern vertrieben würden, weil eine Regierung ein Schutzgebiet errichten wolle. Solche Mechanismen gefährdeten nicht zuletzt die geplanten Schutzmassnahmen. «Soll der Biodiversitätsschutz positive Wirkung entfalten», so Ifejika Speranza, «spielt Gerechtigkeit eine grosse Rolle.» Um Gerechtigkeit zu fördern, empfahl sie drei Ansätze: Mitwirkung der lokalen Bevölkerung bei Bewilligungsverfahren, eine gerechte Verteilung von Vor- und Nachteilen eines Schutzvorhabens sowie die Förderung von Menschenrechten im Allgemeinen. Der Umweltanthropologe Jérémie Forney von der Universität Neuchâtel erklärte in seinem Vortrag, eine Fokussierung auf die lokale Bevölkerung berge die Gefahr, dass die wahren Verantwortlichkeiten verschleiert würden. «Die lokale Bevölkerung ist weder der Ursprung des Zusammenbruchs der biologischen Vielfalt noch kontrolliert sie dessen Triebfedern», sagte Forney. Die Menschen vor Ort müssten deshalb als Ausgangspunkt für den

Biodiversitätsschutz angesehen werden und nicht als Zielpersonen von Schutzmassnahmen. Der Schutz der Biodiversität sei politisch und müsse die realen Machtverhältnisse benennen. «Es braucht einen Schutz, der eine Kritik der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Systeme, in die er eingebettet ist, miteinbezieht.» Biodiversitätsschutz im grossen Stil strebt die EU-Regulierung für entwaldungsfreie Lieferketten an, die Elisabeth Bürgi Bonanomi vom Centre for Development and Environment der Universität Bern vorstellte. Die neue Regulierung soll im Rahmen des Green New Deal ab 2026 umgesetzt werden. Das Regelwerk stelle einen Paradigmenwechsel dar, so die Juristin. «Neu sind die Herstellungsbedingungen und nicht die Eigenschaften eines Produkts dafür entscheidend, ob es in der EU gehandelt werden darf.» Wer Produkte wie Kaffee, Soja und Holz verkaufen will, muss den Nachweis erbringen, dass dafür nicht neu Wald gerodet wurde. Dazu braucht es Geolokalisations-Daten aller Anbauflächen.

Die Spezialistin für Nachhaltigkeitsgouvernanz sieht in der Regulierung Chancen nicht nur für den Erhalt der Biodiversität, sondern auch für die lokale Bevölkerung. Zum Beispiel die 1,5 Millionen Kaffeebäuerinnen und -bauern in Äthiopien. Voraussetzung sei allerdings, dass die Nachweispflicht nicht zu einer Verdrängung der Kleinbauern durch Grossfirmen führe. Zudem sollten neue Geschäftsfelder wie das Bereitstellen von Geolokalisations-Daten Mehrwert vor Ort schaffen. Die Schweiz, so findet Bürgi Bonanomi, solle die EU-Richtlinie nicht nur übernehmen, sondern sie auch mit einer Klausel zur sozialverträglichen Umsetzung ergänzen.

Manche Investoren sind der Politik voraus

Dass es in den Ländern des globalen Südens durchaus junge Firmen gibt, die innovative Lösungen zur Sozialverträglichkeit von Biodiversitätsschutz vorschlagen, zeigte Philipp Staudacher von Innovate 4 Nature, einer Schweizer Firma, die sich als «Wegbereiter für naturverträgliche Lösungen» anpreist und Brücken zwischen Biodiversitätsschutz und Wirtschaft schlägt. Staudacher erzählte von einem ostafrikanischen Startup, das eine Plattform anbietet, über die Kompensationszahlungen für Naturschutzmassnahmen direkt an die betroffene Bevölkerung überwiesen werden. So soll der Korruption ein Riegel geschoben werden. Vor allem aber betonte Staudacher, seine Erfahrungen zeigten, dass viele grosse Unternehmen bei Umweltfragen der Politik voraus seien. «Bei den Investoren ist der Wille zur Transformation auch unabhängig von rechtlichen Rahmenbedingungen vorhanden, da sie ihr Geschäftsmodell in Gefahr sehen.»

Es fehlt am politischen Willen

Anne-Christine Favre von der Universität Lausanne ging der Frage nach, welcher Hebel das Umweltrecht für die Biodiversität biete. Ihre Antwort kurz zusammengefasst: Würden alle bestehenden Gesetze durchgesetzt, wären wir beim Schutz schon sehr weit. Gesetzeslücken sieht die Rechtsprofessorin insbesondere mit Blick auf die Ökologische Infrastruktur. «Derzeit fehlt der politische Wille, die Gesetzgebung auf Bundesebene zu verbessern, obwohl aus der Bundesverfassung ein klarer Auftrag hervorgeht, Gesetze zur Artenvielfalt und -erhaltung zu erlassen.» Die Biodiversitätsstrategie des Bundes und der entsprechende Aktionsplan könnten diese Lücken zum Teil schliessen, doch sie hätten bloss geringe Verbindlichkeit.

Auch die Teilnehmenden der abschliessenden Podiumsdiskussion waren sich einig, dass es in der Schweiz nicht an Gesetzen zum Schutz der Biodiversität fehlt, sondern am politischen Willen diese durchzusetzen. «Das Recht allein kann nichts, wir müssen es mit Leben füllen, es sind die Menschen, die es umsetzen», sagte etwa Lukas Berger, der Leiter des Forums Biodiversität Schweiz. Die Umsetzung allerdings koste Geld, und dafür gelte es die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Chinwe Ifejika Speranza plädierte dafür, an einer besseren Politikkohärenz zu arbeiten, aber auch den Bezug der Menschen zur Natur zu stärken. «An vielen Orten auf der Welt, besonders im urbanen Raum, wurde diese Verbindung unterbrochen.» Die Präsidentin der Mitte Frauen Schweiz, Christina Bachmann-Roth erklärte, dass Interessensabwägungen immer auch politisch und gesellschaftlich sind. «[...]der Naturschutz [kommt] natürlich dann zu kurz, wenn wir einen Zeitgeist haben, der nicht für die Natur ist, das wertschätzt, wenn wir politische Mehrheiten haben, die das nicht im Vordergrund haben.» Marcel Hänggi (Autor des Buches «weil es Recht ist») hingegen betonte, dass der Konflikt zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Interessen eigentlich ein Scheinkonflikt ist, sondern dass es vielmehr ein Konflikt zwischen kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen und langfristigem Denken ist.

SWIFCOB: Dialog zwischen Forschung und Praxis

Das Swiss Forum on Conservation Biology SWIFCOB ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung des Forums Biodiversität Schweiz. Sie richtet sich an Forschende sowie Fachleute in Behörden, Umweltbüros und Verbänden und an weitere Interessierte. Die Tagung wurde unterstützt von den Bundesämtern BAFU und BLW.

Dieser Tagungsbericht, die PDFs der Präsentationen und Teilaufzeichnungen der Tagung sind verfügbar unter: biodiversitaet.scnat.ch/swifcob